

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

München, 26. Juli 2021

DRINGLICHKEITSANTRAG ZUR VOLLVERSAMMLUNG am 28.7.21
Bürgerinitiativen und Zivilgesellschaft zur IAA 21 ausreichend Platz (Raum +Zeit) gewähren

Der Stadtrat beauftragt die jeweils zuständigen Referate:

1. Dem Bund Naturschutz (BUND) den von ihm beantragten Container, dessen Förderung im „Arbeitskreis zur Auswahl bürgerschaftlicher Projekte im Rahmen des Mobilitätskongresses“ am 24.6.21 beschlossen wurde, im vom BUND beantragten Rahmen und Zeitfenster zu bewilligen.
2. Der Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) das von dieser beantragte Straßenkonzept in der Parkstraße, dessen Förderung ebenfalls am 24.6.21 beschlossen wurde, im beantragten Rahmen zu bewilligen (inklusive Sperrung des Durchgangsverkehrs).
3. Allen weiteren am 24.6. zur Bezuschussung beschlossenen Projekten die größtmögliche Unterstützung bei den von ihnen geplanten Projekten zu gewähren.
4. Auf der Theresienwiese für den Zeitraum von 7.-13.9.21 ein sogenanntes „Klimakamp“ (mit Workshops, Aktionsgruppen, Veranstaltungen, kulturellen Interventionen u.v.m.) gemäß des Rechts auf Versammlungsfreiheit als Dauermahnwache zu bewilligen.
5. Für die Anmeldung weiterer Protest- und Kunstaktionen größtmögliche Flexibilität zu zeigen und diese weitestgehend zu genehmigen, solange die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden kann.
6. Sollten die Inzidenzen Anfang September stark angestiegen sein, ist durch entsprechende Umsetzung von Hygieneschutzkonzepten zu gewährleisten, dass die beabsichtigten Aktivitäten im inhaltlich geplanten Rahmen umgesetzt werden können. Hierfür sind den zivilgesellschaftlichen Initiativen ggf. weitere öffentliche Plätze zur Verfügung zu stellen.

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Begründung

Mit diesem Dringlichkeitsantrag sollen der politische Auftrag aus der Vollversammlung vom 27.1.21 konsequent umgesetzt und die durch das Grundgesetz garantierte Versammlungsfreiheit gewährleistet werden. Für die Durchführung der IAA werden zahlreiche öffentliche Plätze dem Zugriff der Öffentlichkeit entzogen und an Automobilkonzerne vermietet - darunter der Königsplatz, der Wittelsbacher Platz, der Max-Joseph-Platz, der Odeonsplatz, aber auch zahlreiche andere Stellplätze, selbst Fahrspuren werden in großem Umfang gesperrt. Vordergründig soll es um „Mobility“ – also neue Mobilitätskonzepte gehen. Nichtsdestotrotz werden zahlreiche Automobile mit Verbrennungsmotoren ausgestellt.

Zur Bekämpfung der Klimakrise braucht es eine radikale Verkehrswende. Wie die jüngsten Naturkatastrophen zeigen ist das dringlicher denn je. Die Landeshauptstadt steht in der Pflicht, Gegenkonzepten zu denen der Automobilindustrie oder auch denen der öffentlichen Hand, ausreichend Raum und Zeit zu gewähren, damit diese im mindestens gleichen Umfang betrachtet und diskutiert werden können wie diejenigen der Konzerne.

Es kann nicht angehen, dass sich Großkonzerne einfach öffentlichen Raum erkaufen und zivilgesellschaftliche Initiativen anschließend genau der Platz fehlt oder nicht zuerkannt wird, der eine Debatte auf Augenhöhe ermöglichen würde. Umso mehr als zwei Wochen später die Bundestagswahl stattfindet und eine maximal gerechte Verteilung von Orten für Austausch und Meinungsbildung (egal ob an beispielhaften Projekten, in Diskussions- und Kunstformaten oder in Form von Protestaktionen) zu gewährleisten ist.

Da zudem von einem Anstieg der Inzidenzen auszugehen ist, wird auch der Raumbedarf für diese Formate voraussichtlich ansteigen. Mit entsprechenden Hygieneschutzkonzepten kann dafür gesorgt werden, dass so viele Aktivitäten wie möglich stattfinden können. Eine Absage oder Untersagung von einzelnen Formaten der Zivilgesellschaft ist ohne eine gleichzeitige Absage oder Untersagung der offiziellen Teile der IAA nicht akzeptabel.

Der Antrag ist dringlich zu behandeln, damit rechtzeitig vor der Sommerpause entsprechende Beschlüsse innerhalb der verschiedenen Bereiche der Verwaltung auf den Weg gebracht werden können.

„Wir fördern die Gestaltung und den Ausbau demokratischer Beteiligung in München. Die Formen der Teilhabe werden unterschiedlicher, kurzfristiger und verändern sich immer weiter. Das Bedürfnis der Menschen nach Teilhabe und politischer Mitbestimmung in ihrer Stadt nimmt immer weiter zu. Für uns gilt der Grundsatz „Allgemeinwohl vor Partikularinteressen“. Wir werden den Abwägungsprozess, der politischen Entscheidungen vorausgeht, transparent darstellen und Konflikte vor Ort moderieren. Wir stehen für repräsentative Beteiligungsformen und zur aktiven Zivilgesellschaft, deren Rat und Kompetenz wir noch stärker nutzen werden.“ (aus dem Koalitionsvertrag 2020 von DIE GRÜNEN und SPD)

Initiative:

Stadtrat Thomas Lechner

Gezeichnet:

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Stefan Jagel

Stadträtin Marie Burneleit

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München